

Falsches Thema gewählt

Man kann ja auch mal Pech haben. Für die Juli-Druckausgabe von paperpress haben wir den Titel „Ist die SPD noch zu retten?“ gewählt. Gemeint ist die Berliner SPD. Gleich im ersten Satz verraten wir unsere Antwort: „Ja, sie muss!“ In der Rubrik „Das Allerletzte“ haben wir auf der vorletzten Seite zum Redaktionsschluss am 15. Juni gerade noch das Thema „Heimat-Horst schließt die Grenzen“ anreißen können. Nun, die Juli-Druckausgabe erscheint wie vorgesehen in dieser Woche und beiliegend übersenden wir Ihnen die Titelseite, denn durch die Probleme bei der Union werden die der Berliner SPD ja nicht kleiner.

Hätten wir rechtzeitig den Titel ändern können in „Ist die Union noch zu retten?“ würde die Antwort lauten: „Nein, muss nicht!“ Dass jeder Bundesminister und vor allem die Kanzlerin in ihren Verantwortungsbereichen auch Entscheidungen treffen können, ist unbestritten. Wenn es aber im wahrsten Sinne des Wortes um Grenzfragen geht, fragt sich der unbedarfte Bürger, ob eine Entscheidung darüber, wen lassen wir warum in unser Land und wen nicht, der Regierung insgesamt zusteht, also CDU, CSU und SPD. Hier geht es schließlich nicht um ein Pflanzenschutzmittel. Außerdem betreffen Grenzfragen innerhalb der Europäischen Union auch immer eben diese. Kann Horst Seehofer überhaupt gegen seine Koalitionspartner CDU und SPD diese Grenzkontrollen durchsetzen? Dazu haben wir nirgendwo eine verwertbare Antwort gefunden.

So wie der Außenminister nicht allein die diplomatischen Beziehungen zu irgendeinem Land abbrechen oder die Verteidigungsministerin wem auch immer den Krieg erklären kann, so kann ein Innenminister nicht einfach unsere Grenzen für bestimmte Menschen schließen, oder? Und was ist mit dem Parlament? Da hört man nur Statements, mit denen keiner was anfangen kann. Im Kern geht es um ein Papier mit angeblich 63 Punkten, von denen Angela Merkel 62 gut findet und einen eben nicht. Weder die Regierung insgesamt, noch das Parlament kennen angeblich den „Mater-of-Desaster-Plan“ von Seehofer. Was ist das für ein Demokratieverständnis? Natürlich lassen sich Grenzfragen nur innereuropäisch gemeinsam klären. Sollte man meinen. Und schon sind wir bei der nächsten Überschrift: „Ist Europa noch zu retten!“ Die Antwort ist die selbe wie bei der Berliner SPD.

Sollte der Heimatschutzminister der USA anordnen, Flüchtlingen, bevor man sie inhaftiert, nicht die Kinder wegzunehmen, wäre er innerhalb von Sekunden ge feuert. Dass sich ein Minister gegen den Regierungs-

chef stellt, ist ein seltener Vorgang. Im Regelfall lässt es der Minister auf die Konfrontation nicht ankommen, und tritt von selbst zurück.

Horst Seehofer legt es darauf an, gefeuert zu werden. In Deutschland kommen täglich zwischen 100 und 200 Asylsuchende an, davon der überwiegende Teil in Bayern. Dort bleiben die meisten aber nicht, sondern werden auf die Bundesländer verteilt. Das Problem, das Bayern mit Asylbewerbern hat, ist relativ gering. Deshalb ist der Konflikt inszeniert und purer Populismus. Ein durchsichtiges Manöver, das nur einem Zwecke dient, nämlich der CSU in Bayern am 14. Oktober die absolute Mehrheit zu sichern. Hinter allem steht Markus Söder, der grade erst gewählte bayerische Ministerpräsident. Und wenn bei der Geschichte Horst Seehofer über die Klinge springt, ist Söder seinen Erzfeind endlich los. Schon kurze Zeit später würde Söder auch den Vorsitz der CSU übernehmen.

An der Trennung von CDU und CSU führt kein Weg vorbei. Endlich, muss man sagen. Nach einer INSA-Umfrage im Auftrag des FOCUS käme die CSU, wenn sie bundesweit anträte, auf 14,5 Prozent und hätte damit auch in dieser Frage fast das AfD-Niveau erreicht (16 Prozent). Die CDU käme, wenn sie auch in Bayern einen Landesverband etablierte, bundesweit auf 27,5 Prozent. Immer noch stärkste Partei. Für Jamaika würde es nicht reichen, Grüne 11, FDP 8 Prozent (INSA-Umfrage von heute). Gemeinsam mit der SPD, 19 Prozent, und den Grünen würde es dicke reichen.

War folgert aus all dem? Es gibt keine Ruhe in diesem Land, so lange die CSU an der Regierung beteiligt ist. Die Unionsschwester müssen sich endlich von einander trennen. Dazu sind keine Neuwahlen erforderlich. Ohne CSU, aber vielleicht mit den Grünen, könnte es weitergehen. In vielen Medien wird Angela Merkel empfohlen, im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen. Das wäre sinnvoll, um sie zu stärken. Niemals wieder werden über eine Million Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland kommen können. Unsere liberale, weltoffene Asylpolitik sollten wir aber nicht auf dem Altar der Bayerischen Staatskanzlei opfern.

Dennoch muss die Asylpolitik einschließlich erforderlicher und zeitnaher Abschiebungen grundlegend geklärt werden. Die Fluchtursachen in der Welt sind allerdings noch lange nicht beseitigt. Immer noch befinden sich 68 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Die nächste große Fluchtwelle aus Afrika nach Europa steht unmittelbar bevor. Darauf müssen wir, muss Europa, vorbereitet sein. Wir schaffen das, auch ohne Seehofer.

Ed Koch